

Beschluss des Landrats vom 11.03.2021

Nr. 821

24. Coronakrise: Auswirkung auf die psychische Gesundheit 2020/233; Protokoll: bw

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Gleichzeitig wird dessen Abschreibung beantragt.

Patricia Bräutigam (CVP) wollte mit diesem Postulat dem Regierungsrat den Auftrag erteilen, zu prüfen und zu berichten, wie sich im Kanton Basel-Landschaft das Angebot und die Nachfrage von psychologischer und psychiatrischer Betreuung vor, während und nach der Corona-Krise entwickelte habe und ob bereits Massnahmen getroffen worden seien, um eine ausreichend psychologisch/psychiatrische Betreuung sicherzustellen.

Der Regierungsrat möchte das Postulat mit der Begründung abschreiben, dass das Anliegen bereits mit der vorliegenden, einseitigen Begründung erfüllt worden sei. Das erscheint sehr erstaunlich.

Es gilt festzuhalten, dass man momentan definitiv noch nicht in der Lage ist, über die Situation nach der Corona-Krise berichten zu können. Das wird wohl auch noch länger nicht der Fall sein. Das einzige Angebot, über welches in der Begründung berichtet wird, ist die Corona-Hotline. Es ist sehr positiv, dass der Regierungsrat diese Hotline vor einem Jahr als niederschwelliges Angebot eingerichtet und auch in der zweiten Welle wieder aktiviert hat. Die stationäre und ambulante Versorgung wird aber mit keinem Wort erwähnt. Genau dort hapert es aktuell. Wie den Medien und den Rückmeldungen verschiedener Anbieter zu entnehmen ist, ist die ausreichende Versorgung nicht sichergestellt, zumindest nicht im kinder- und jugendpsychiatrischen Bereich. Nicht zuletzt, weil im Dezember 2020 eine dringliche Motion von Laura Grazioli zu diesem Thema überwiesen wurde, ging Patricia Bräutigam davon aus, dass heute berichtet wird, was gemacht oder zumindest geplant wird, um dieser Situation entgegenzuwirken. Der Auftrag des Postulats ist noch keineswegs erfüllt. Es soll in der Berichterstattung um mehr als nur die Corona-Hotline und die erste Welle gehen. Wie bereits mehrfach in der Debatte im Dezember erwähnt wurde: Wenn man jetzt nicht reagiert, werden die negativen Folgen dieser Krise auf die psychische Gesundheit der jungen Bevölkerung sehr lange nachwirken. Es ist höchste Zeit, dass dieser Thematik die Beachtung zukommt, die sie verdient. Aus diesem Grund wird der Landrat inständig gebeten, das Postulat zu überweisen und nicht abzuschreiben. Es soll aufgezeigt werden, wie die Situation in der psychiatrischen und psychologischen Versorgung während der Pandemie aussieht und ausgesehen haben wird, um für künftige Krisensituationen in diesem Bereich besser vorbereitet zu sein.

Simone Abt (SP) erklärt, die SP-Fraktion schliesse sich der umfassenden Begründung der Postulantin an. Es ist ausgesprochen unbefriedigend, wenn ein Vorstoss mit einer derart veralteten Begründung abgeschrieben werden soll. Ein wesentlicher Teil der Geschichte fehlt und gehört unbedingt hinzu. Die SP-Fraktion wird das Postulat überweisen und stehenlassen.

Laura Grazioli (Grüne) sagt, dass auch die Grüne/EVP-Fraktion die Antwort des Regierungsrats als grundsätzlich unbefriedigend erachte. Das Anliegen, die psychische Belastung durch Corona-Massnahmen in der Bevölkerung auffangen zu wollen, scheint an den Rand geschoben und als nicht prioritär eingestuft worden zu sein. Das nachdem der Landrat anfangs Dezember einen dringlichen Vorstoss zu diesem Thema mit grosser Mehrheit überwiesen hat. Damit einhergehend die explizite Forderung, dass ad hoc zusätzliche Beratungsangebote geschaffen und die bestehenden Beratungsangebote entlastet werden.

Drei Monate später hat sich die Situation nicht entspannt, sondern eher noch verschärft. Aktuell beträgt die Wartefrist in der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik Basel-Stadt ein halbes Jahr. Schulsozialarbeiter und der Schulpsychologische Dienst sind heillos überlastet. Immer mehr Kinder und Jugendliche, bzw. ihre Eltern, melden sich bei Kinder- und Hausärzten, weil die Kinder und die Jugendlichen gestresst und/oder depressiv sind und sich häufiger selbst verletzen oder gänzlich zurückziehen als in der Vergangenheit. Suizidversuche haben deutlich zugenommen. Die KESB sowie der Kinder- und Jugenddienst werden weiterhin von Anfragen überhäuft. Die Liste kann fortgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund ist es absolut unverständlich, dass der Regierungsrat die Problematik nicht stärker priorisiert und nicht mit Hochdruck auf eine Entlastung der Situation hinarbeitet. Für die Grüne/EVP-Fraktion ist vollkommen klar, dass das vorliegende Postulat von Patricia Bräutigam überwiesen und stehengelassen werden soll.

Anita Biedert (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion unterstütze die Abschreibung aufgrund der Antwort des Regierungsrats. Diese besagt, dass weitere Angebote existieren (Dargebotene Hand, Pro Juventute) und dass die Hotline eingestellt werden musste, weil sie nicht mehr benutzt wurde. Andererseits wird von den Vorrednerinnen gesagt, dass die Anzahl psychisch kranker und belasteter Kinder und Jugendlichen ansteigt und das System überlastet ist. Anita Biedert stellt zwischen diesen Aussagen eine Diskrepanz fest. Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Regierungsrats als gegeben und geht davon aus, diese entspreche momentan der Realität.

Marco Agostini (Grüne) hat im Familienkreise mehrere Personen, die depressiv sind oder Ängste haben. Das ist ein ganz schwieriger Teil des Lebens, der nicht nur ein paar Wochen oder Monate andauert. Oft handelt es sich um traumatische Erlebnisse, die den Ausschlag gegeben haben, wie beispielsweise die Angst vor dem Corona-Virus selbst. Dies wurde noch gar nicht genannt. Hauptsächlich wird der Lockdown für Traumata und Depressionen verantwortlich gemacht. Die Meisten gründen jedoch auf der Angst vor dem Virus. Das Postulat soll nicht abgeschrieben werden.

Christina Jeanneret-Gris (FDP) tut kund, die FDP-Fraktion schliesse sich dem Votum von Anita Bieder an. Es ist nicht so, dass die FDP-Fraktion der Ansicht ist, die psychische Belastung sei nun weg. Das ist sicherlich nicht so. In der regierungsrätlichen Antwort wurde aber schön gezeigt, dass diese Belastung wellenbedingt ist. Es ist interessant zu sehen, dass im Mai – zum Ende der ersten Welle – das Angebot bzgl. psychischer Gesundheit nicht mehr so in Anspruch genommen wurde. In der Zwischenzeit wurde festgestellt, dass die Situation volatil ist. Es ist nicht möglich, alle paar Wochen Erhebungen vorzunehmen. Es ist bekannt, dass ein erhöhter Bedarf besteht und zudem ist die erwähnte Motion Grazioli in Bearbeitung, weshalb das vorliegende Postulat abgeschrieben werden kann.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und mit 46:33 Stimmen bei 1 Enthaltung stehen gelassen.
